

**Niederschrift zur 31. Sitzung des Beirates am Donnerstag, den 19. September 2013 um 18.30 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Gerhard-Rohlf's-Straße 62, 28757 Bremen**

**Beginn:** 18.30 Uhr  
**Ende:** 21.30 Uhr

**Vorsitzende:** OAL Herr Dornstedt  
**Schriftführerin:** Frau Kolossa

**Einziges Tagesordnungspunkt:**

**Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen in der Steingutstraße**

**Anwesende Mitglieder:**

Beringer, Volker  
Buchholz, Rainer  
Degenhard, Cord  
Frenzel, Greta  
Keßenich, Gundram  
Kiener, Günter  
Kurt, Sabri  
Pörschke, Thomas  
Riebau, Joachim  
Scharf, Detlef  
Spiegelhalter-Jürgens, Iris  
Sprehe, Heike  
Sulimma, Wilfried  
Tienken, Volker  
Sonnekalb, Ralf  
Schulte im Rodde, Christoph

**Nicht teilgenommen:**

Jäckel, Gabriele

**Sonstige Teilnehmer:**

Frau Senatorin Stahmann	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen
Herr Staatsrat Frehe	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen
Herr Hergert	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen
Pastor Keller	Sprecher der Willkommensinitiative
Frau Oetzmann	Jacobs University
Herr Hansen	Jacobs University
Herr Theilmann	Einwohnergemeinschaft Grohn
Herr Kehlenbeck	Senatorin für Bildung und Wissenschaft
Herr Hamann	Leiter der Polizeiinspektion Nord
Herr Voß	Polizeirevier Vegesack

Der Vorsitzende eröffnet die 31. Sitzung des Beirates Vegesack und stellt fest, dass die Einladung den Beiratsmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen ist. Änderungswünsche

werden zur Tagesordnung nicht vorgetragen. Die Tagesordnung wird wie vorliegend genehmigt. Einleitend weist der Vorsitzende auf einen Ablaufplan, der gemeinsam mit den Sprechern der Beiratsfraktionen für die heutige Sitzung so vorgesehen ist. Er bittet den Beirat, diesem Ablaufplan noch einmal seine Zustimmung zu geben.

Es liegen keine Änderungswünsche vor. Der Ablaufplan ist in der vorliegenden Form beschlossen.

**Ablaufplan Beiratssitzung am 19.09.2013  
Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in der Steingutstraße**

Erläuterung der Planung durch die Senatorin für Soziales	15 Min. bis ca. 18:45Uhr
Stellungnahmen der Senatorin für Bildung und der Polizei	Je 10 Min. bis ca. 19:05 Uhr
Stellungnahmen durch Vertreter - Der Willkommensinitiative - Der JUB - Der EWG Grohn	Je 10 Min. bis ca. 19:35 Uhr
Stellungnahmen der Beiratsfraktionen	Je 10 Min. bis ca. 20:35 Uhr
Stellungnahmen der Öffentlichkeit in der Reihenfolge des Eingangs Begrenzung auf 3 Min. je Beitrag	60 Min. bis ca. 21:35 Uhr
Schlussworte der Beiratsfraktionen	Je 5 Min. bis ca. 22:05 Uhr
Abstimmung / Schluss der Sitzung	

Einleitend begrüßt der Vorsitzende Frau Senatorin Stahmann, Herrn Staatsrat Frehe und Herrn Hergert von der Senatorin für Soziales, Herrn Pastor Keller von der Willkommensinitiative, Frau Oetzmann und Herrn Hansen von der Jacobs Universität, Herrn Theilmann von der Einwohnergemeinschaft Grohn, Herrn Kehlenbeck von der Senatorin für Bildung und den Leiter der Polizeiinspektion Nord Herrn Hamann und den Leiter des Polizeireviers Vegesack Herrn Voß.

Der Vorsitzende verweist zunächst auf die Sitzung vom 4. Juli 2013 hin, in der der Beirat Vegesack die damalige Planung der Sozialsenatorin, Flüchtlinge und Asylbewerber auf dem Sportplatz Fährer Flur unterzubringen, abgelehnt hat. Um sich konstruktiv an dem Prozess der erforderlichen Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern auch in Vegesack auseinandersetzen zu können, wurde die Senatorin für Soziales gebeten, eine Prüfliste mit den in Frage kommenden Standorten vorzulegen. Dabei sollten humanitäre Gesichtspunkte, eine sozialverträgliche Kontingentgröße, eine rasche Integration in die bestehende Infrastruktur, besonders bei Kindern und eine rasche Installierung der notwendigen Betreuung besonders berücksichtigt werden. Darüber hinaus waren Fragen wie Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit besonders zu berücksichtigen.

Weiter teilt er mit, dass am 26.08.2013 ein Gespräch mit den Sprechern der Beiratsfraktionen, dem Ortsamtsleiter, Herrn Frehe und Herrn Hergert von der Senatorin für Soziales stattfand. In dieser Sitzung wurden den Beteiligten die alternativen Standorte für Vegesack erläutert und inhaltlich bewertet. Am geeignetsten wurde der Standort in Vegesack des ehemaligen Verwaltungsgebäudes in der Steingutstraße herausgefunden. Die Planung für diesen Standort wird heute hier vorgestellt. Der Vorsitzende erklärt, dass er in der Zwischenzeit mit Herrn

Pastor Keller eine Willkommensinitiative gegründet hat. Es ist ihm gelungen, die Jacobs Universität sowie die Einwohnergemeinschaft mit in den Prozess einzubeziehen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die im Ablaufplan beschlossene Begrenzung der Redezeit laut Geschäftsordnung möglich ist. Für Beiträge der Öffentlichkeit hat der Beirat insgesamt 1 Stunde zugelassen. Damit ist eine Gleichbehandlung mit dem Beirat hergestellt worden. Hier haben sich die Fraktionen, und zwar unabhängig von der jeweiligen Größe, ebenfalls auf 1 Stunde verständigt. Für Wortbeiträge der Öffentlichkeit haben die Fraktionen eine Beschränkung auf die Bewohner Vegesacks bzw. auf Institutionen, die in Vegesack aktiv sind, beschlossen. Der Aufruf erfolgt durch den Ortsamtsleiter in der Reihenfolge, der Abgabe der Wortmeldungen unter Berücksichtigung der vorgenannten Kriterien. Er weist darauf hin, dass durch die abgegebenen Wortmeldungen bereits gefüllt ist und bittet darum, sich an den vorgegebenen Zeitraum zu halten und niemanden in seinem Vortrag zu unterbrechen.

Frau Stahmann stellt nun die Planungen für die Unterbringung von Flüchtlingen vor. Sie teilt mit, dass inzwischen viele konstruktive Gespräche mit den Beiräten geführt wurden, in denen gemeinsam nach geeigneten Standorten für die Unterbringung von Asylbewerberinnen und Flüchtlingen gesucht wurde. Frau Stahmann weist darauf hin, dass das Asylrecht im Grundgesetz verankert wurde. Wichtig ist, dass wir diesem Grundrecht Rechnung tragen. Frau Stahmann erinnert daran, dass in den 90iger Jahren in Bremen schon 4 Mal so viele Menschen aufgenommen und integriert wurden. Aufgrund der vielen Kriegssituationen steigen die Zugangszahlen in Bremen an. In den letzten 12 Monaten haben sich die Asylantragstellerzahlen stark erhöht. Diese haben sich von Januar bis August 2013 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum fast verdoppelt. 2013 werden ca. 100 000 bis 120 000 Personen bundesweit erwartet. Das bedeutet für Bremen ca. 900 bis 1000 Zugänge. Im Vorjahr waren es rund 600 Zugänge. Das Land Bremen muss also 0,93 % der Zuwanderer aufnehmen, unterbringen und versorgen. Davon werden 20% nach Bremerhaven verteilt. In 2013 waren dies bis einschließlich August 606 Personen, im Vorjahreszeitraum waren es 261 Personen. Priorität hat jedoch nach wie vor die Vermittlung der Menschen in eigenen Wohnraum. Es gehen hierzu auch vermehrt Angebote ein. Die Bremische Wohnungswirtschaft z. B. bietet Wohnraum für 600 Personen an. Geplant ist, dass die Personen, die 3 Monate in einem Übergangwohnheim untergebracht waren, in Wohnungen umziehen. Weiter wird angestrebt, dass diese früher arbeiten gehen dürfen. Sie teilt mit, dass die soziale Arbeit im Stadtteil Vegesack verstärkt wurde. Weiter erklärt Frau Stahmann, dass im Senat 100 000 Euro beschlossen wurden für Sofortmaßnahmen wie das Angebot für Kita- und Schulplätze. Weiteres Geld ist erforderlich, um die Kinder unterzubringen. Wichtig ist es, dass die Kinder schnell und früh den Zugang zu Bildung bekommen.

Herr Hergert stellt nun das geplante Objekt in Bremen-Grohn vor. Anhand der fortgeschrittenen Planungen für die Mobilbauwohnanlage in Hemelingen mit ca. 120 Plätzen möchte er das grundsätzliche Konzept als Beispiel vorstellen:

- Es werden ausschließlich Wohnbereiche für 2 bis 4 Personen mit jeweils eigenem Sanitär- und Küchenbereich geschaffen.
- Ausreichende Räume für Betreuung, Kinderbetreuung, Hausaufgabenhilfen und Freizeit sind eingeplant.

Es sind 4 einzelne Gebäudeteile, die für Wohnzwecke genutzt werden. Jeder Gebäudeteil hat einen eigenen Innenhof und 2 Gebäude sind in der Mitte vorgesehen. Dort soll die Betreuung stattfinden.

Weiter weist Herr Hergert darauf hin, dass alle Übergangwohnheime mit ausreichendem Betreuungspersonal bestückt werden. Kinder sollen vorrangig in öffentlichen Kindertagesheimen untergebracht werden. Sollten einmal nicht genügend Plätze vorhanden sein, werden Spielkreise in den Einrichtungen eingerichtet. Zusätzliche pädagogische Fachkräfte werden seit ungefähr einem halben Jahr für die Unterstützung der Menschen bei der Wohnungssuche eingesetzt. Sie werden Hilfe bei der Wohnungssuche, bei der Vorsprache bei Wohnungsbaugesellschaften und bei dem Abschluss von Mietverträgen erhalten. Nach dem Auszug wird weiterhin eine ambulante Betreuung gewährt. In den Einrichtungen wird ein ärztlicher Dienst des Gesundheitsamtes gewährleistet. Außerdem werden Ansprechpartner während der Nacht und an den Wochenenden dort zur Verfügung stehen.

Herr Kehlenbeck fasst nun die Situation für den schulischen Bereich zusammen und erklärt, dass Kinder von Flüchtlingen im Alter von 6 bis 18 Jahren wie alle anderen Kinder in Bremen schulpflichtig sind. Es werden für diese Kinder und Jugendliche spezielle Vorkurse benötigt, um zunächst gezielt Deutsch zu lernen. Dieses sind die sogenannten Vorkurse im Primarbereich in der Sekundarstufe I und auch in der Sekundarstufe II. Es werden natürlich auch Regelplätze gebraucht, weil gleich vom ersten Tag der Zuwanderung neben dem Besuch des Vorkurses ein Besuch der Regelklassen vorgesehen ist. Bis zum Schuljahresende gab es hier in Bremen-Nord 3 Grundschulen mit Vorkursen. Dieses war die Schule Am Wasser, die Schule an der Landskronastr. und die Schule an der Wigmodistraße. Zwei weitere Standorte in der Sekundarstufe I waren die Gerhard-Rohlf's-Oberschule und die Oberschule an der Helsingstraße. In Erwartung steigender Zuwandererzahl wurde eine konzeptionelle Neuausrichtung vorgenommen, die besagt, dass die Integrationsaufgaben auf möglichst viele Schulen zu verteilen sind. Diese wurde bereits im Sommer in Bremen-Nord weitgehend umgesetzt, in dem 5 der 6 Oberschulen einen Vorkurs vorhalten. Das heißt, bis zum Sommer sind die Oberschule Lesum, Oberschule an der Lerchenstrasse und die Oberschule an der Lehmhorster Straße mit in das Vorkurskonzept einbezogen worden. Es ist jetzt schon klar, dass der Vorkurs an der Schule Am Wasser im Grundschulbereich nicht reichen wird, weil der in der Regel frequentiert ist durch die Johann-Lange-Straße und überhaupt wegen den Integrationsprozessen hier in Vegesack. Da wird man ggfs. über eine Neupositionierung weiterer Standorte nachdenken müssen. Die Zahl von Regelplätzen kann man konkret erst erarbeitet werden, wenn man weiß, wie viele Schülerinnen und Schüler in welchen Jahrgangsstufen neu in diese Einrichtung kommen werden.

Der Vorsitzende bedankt sich und bittet Herrn Voß vom Polizeirevier Vegesack die Situation aus polizeilicher Sicht darzulegen.

Herr Voß bringt deutlich zum Ausdruck, dass die Polizei Vegesack die Sorgen und Ängste der Bevölkerung durchaus ernst nimmt. Sie bittet sich, wie in allen anderen Fällen, als kompetente Ansprechpartner für die Bürger an. Weiter berichtet er, dass es rückblickend auf die Unterbringung der Asylanten in dem Flüchtlingswohnheim in der Johann-Lange-Straße, welches hier schon seit vielen Jahre existiert, im Umkreis keinerlei Probleme gibt. Das verdanken wir einer umfassenden Betreuung dieser Einrichtung. Herr Voss erklärt, dass für die Einrichtung eines neuen Heimes diese Rahmenbedingungen genauso gelten müssen wie für die Johann-Lange-Straße. Es müssen in kompetenten Netzwerken alle eingebunden werden. Er fordert die Beteiligung der Polizei ein.

Der Vorsitzende erbittet nun die Stellungnahme zunächst einmal durch die Willkommensinitiative. Hierzu wird Herr Pastor Keller das Wort ergreifen.

Herr Keller erklärt, dass die Einladung des Ortsamtsleiters zu einem Gespräch, über die zu erwartenden Flüchtlinge zu sprechen, ihn zunächst überraschte. Beim Verfolgen der Nachrichten im Fernsehen mit Bildern von Syrien, von zerbombten Häusern und verletzten und toten Menschen auf den Straßen, wurde ihm klar, dass man den geflüchteten Menschen einfach helfen muss. Am letzten Freitag war die Willkommensinitiative zum 3. Mal zusammen. Ein Thema war die Suche nach Wohnraum für die Flüchtlinge nach der Übergangszeit im Wohnheim. Es hat sich erfreulicher Weise schon eine Evangelische Gemeinde, nämlich die Reformierte Gemeinde Blumenthal, gefunden, die eine Wohnung zur Verfügung gestellt hat. Weiter hat sich eine Unterstützer-gruppe bereit erklärt, sich um eine Familie möglicherweise zu kümmern. Es wurde auch darüber gesprochen, wie es möglich sein wird, die Flüchtlinge unter Anleitung gemeinsam mit den Hauptamtlichen zu betreuen, ihnen die Sprache beizubringen, sie einzuführen in die Europäische Kultur und für Probleme da zu sein. Den Kindern mit Nachhilfe durch evtl. pensionierte Lehrer zu helfen. Wichtig ist es auch, einen Dolmetscher zur Seite zu stellen. Es soll auch versucht werden, die Nachbarn mit den Flüchtlingen zusammenzuführen und das Interesse füreinander zu wecken. Er weist noch einmal darauf hin, dass es Menschen sind, die alles verloren haben. In den 90iger Jahren hatte Bremen-Nord 13 Übergangwohnheime mit 1025 Bewohnern. Lt. Auskunft z. B. des ASB hat es keinerlei Probleme im Umkreis dieser Übergangwohnheime gegeben. Heute gibt es 1 Übergangwohnheim in der Johann-Lange-Straße und wir werden an einem 2. nicht scheitern.

Der Vorsitzende bittet Frau Oetzmann von der Jacobs-University um Ihr Wort. Frau Oetzmann schließt sich den Ausführungen von Herrn Keller als Teil dieser Willkommensinitiative an. Sie teilt mit, dass man froh ist, dass die Jacobs University in einem Gespräch mit dem Präsidenten Herrn Prof. Peitgen durch den Ortsamtsleiter gebeten wurde, Teil dieser Willkommensinitiative zu sein und mit den Erfahrungen mit einem doch recht internationalen und kulturellen Campus beizutragen. Es sind hauptsächlich Erfahrungen des Miteinanderleben und -lernen.

Herr Hansen ergänzt die Ausführungen von Frau Oetzmann und erklärt, dass die Jacobs University mittlerweile Gastgeber für über 1300 Studierende aus über 109 Nationen ist. Davon leben 700 auf dem Campus unmittelbar zusammen. Die Jacobs University sieht die Ansiedlung des Übergangsheimes in Bremen-Grohn als eine ganz besondere Verpflichtung an.

Frau Oetzmann weist darauf hin, dass sie von den Studenten eine grundsätzlich humanitäre Haltung gewohnt sind. Diese sind sofort bereit zu helfen. Dies soll im Rahmen der Willkommensinitiative von Seiten der Jacobs Universität unterstützt werden, sei es im sprachlichen Bereich, im sportlichen Bereich oder im Freizeitbereich. Diese Verantwortung nimmt die Jacobs University gern mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln wahr.

Abschließend erklärt Herr Hansen, dass Verantwortung und Verpflichtung die Beweggründe für die Jacobs University sind.

Herr Theilmann von der Einwohnergemeinschaft Grohn erklärt eingangs, dass die Einwohnergemeinschaft der Unterbringung von Flüchtlingen in der Steingutstraße mit gemischten Gefühlen gegenübersteht. Dieses beruht darauf, dass der Stadtteil mit erheblichen Problemen, wie z. B. die Grohner Düne, deren Integration in den letzten Jahren immer noch nicht gelungen ist, belastet ist. Er betont aber, dass die Menschen, die in den Stadtteil Grohn kommen, aufgenommen und integriert werden sollen. Er appelliert dabei an das Einhalten der gemachten Versprechungen, wie z. B. die Ausstattung der Einrichtung mit ausreichenden Stellen für Sozialarbeit. Weiter appelliert er, dass für die zu beschulenden Kinder nicht nur die

Schule Am Wasser und die Grohner Schulen in Anspruch genommen werden, sondern auch über die Stadtteilgrenze hinaus, wie z. B. die Grundschule St. Magnus. Dies bezieht sich auch auf den Kindergarten in St. Magnus.

Der Vorsitzende bittet nun lt. Ablaufplan um die Stellungnahmen der Beiratsfraktionen und erteilt der Beiratssprecherin Frau Sprehe das Wort.

Frau Sprehe erläutert noch einmal die Gründe für die Ablehnung der Unterbringung von Flüchtlingen auf dem Grundstück Fährer Flur. Sie erklärt, dass auch aufgrund der ansteigenden Zahlen von Flüchtlingen eine Unterkunft in Zelten und Turnhallen aus humanitären Gründen grundsätzlich abzulehnen ist. Es wäre nur zu akzeptieren, wenn es die Not gebietet. Eine möglichst schnelle Unterbringung in Wohnungen hält Frau Sprehe für unbedingt erforderlich. Weiter ist es wichtig, eine Betreuung rund um die Uhr zu gewährleisten. Auch das Einsetzen von pädagogischen Fachkräften und die Hilfe bei der Wohnungssuche sind Voraussetzung, um den Bewohnern eine schnelle Integration zu sichern. Außerdem sollte die Belegung des Heimes nicht einseitig sein, sondern eine Mischung zwischen Familien und Alleinstehenden. Ebenso muss eine intensive Betreuung der Kinder durch qualifiziertes Personal sowie eine enge Zusammenarbeit mit den örtlichen Kitas und Schulen, deren personelle Ausstattung bedarfsgerecht sein muss, erfolgen. Auch das Freizeitangebot für alle Altersklassen darf nicht zu kurz kommen. Weiter schlägt Frau Sprehe die Einrichtung eines „Runden Tisches“ u. a. mit Vertretern der Sozialbehörde, dem Beirat, der Heimleitung, den Flüchtlingen und den Grohner Nachbarn vor.

Herr Beringer möchte die Betreuung gewährleistet sehen. Er hinterfragt, aus welchen Bereichen das Personal bereitgestellt wird und wie dieses bezahlt werden soll.

Herr Hergert erklärt, dass in allen Übergangwohnheimen die gleiche gute Betreuung wie in der Johann-Lange-Straße gewährleistet wird. Es wird ein Betreuungsdienst beauftragt, der sozialpädagogische Fachkräfte einstellt, die vom Land Bremen bezahlt werden. Herr Hergert erklärt, dass dieses garantiert wird.

Frau Stahmann weist darauf hin, dass das Geld über den Haushalt bereitgestellt wird.

Herr Degenhard kritisiert eingangs die vorab stattgefundene „konspirative“ Sitzung, zu der Herr Staatsrat Frehe die Fraktionsvorsitzenden geladen hatte. Die Fraktion Die Bürger in Wut haben bewusst nicht daran teilgenommen. Herr Degenhard hält dieses Vorgehen für völlig undemokratisch und erklärt, dass seine Fraktion auch Zukunft an ähnlichen Veranstaltungen nicht teilnehmen wird. Weiter betont Herr Degenhard, dass selbstverständlich alle in der Verantwortung stehen, die Flüchtlinge aufzunehmen. Er weist aber noch einmal mit Nachdruck darauf hin, dass Vegesack sehr stark belastet ist. Er möchte ferner die Nationalitäten der einreisenden Bürger wissen.

Herr Kiener betont, dass es wichtig ist, bei der Verteilung der Flüchtlinge einen gerechten Schlüssel zu finden, um diese auf alle Stadtteile zu verteilen. Er kritisiert, dass man sich nur um Grundstücke bemüht und nicht um Gebäude, die er nach wie vor favorisieren würde.

Frau Stahmann weist noch einmal mit Nachdruck auf die schlimme Situation der Menschen hin, die aus ihrem Heimatland flüchten und hier Zuflucht suchen. Auf den Vorwurf von Herrn Kiener teilt sie mit, dass Anzeigen geschaltet werden, um Wohnungen zu finden. Es gehen auch Angebote ein, die z. B. auf ausreichenden Brandschutz geprüft werden müssen.

Es müssen diese Menschen aber für 3 Monate in Übergangwohnheimen untergebracht werden. Dieses ist gesetzlich vorgeschrieben. Sie erwartet und hofft auf eine Zusammenarbeit mit Vegesack. Sie betont, dass alle Stadtteile mit einbezogen werden.

Herr Kurt kritisiert, dass Flüchtlinge immer gleich mit Kriminalität verbunden werden. Weiter teilt er mit, dass er sich der Beschlussvorlage der SPD-Fraktion anschließt und bittet alle anderen Fraktionen, sich dieser Beschlussvorlage auch anzuschließen.

Herr Buchholz erklärt eingangs noch einmal, dass die Aufnahme von Flüchtlingen verpflichtend ist. Trotz des vorher stattgefundenen klärenden Gespräches nach der Beirats-sitzung im Juli, ist noch zu klären, wie man mit den Menschen, die möglicher Weise über den Radio Bremen Pensionsfond am Vegesacker Bahnhofplatz eigene Wohnungen bekommen sollen, umgehen wird. Er weist in dem Zusammenhang noch einmal auf die Grohner Düne hin, welche ein Problembereich ist. Man war sich in dem genannten Gespräch darüber einig, dass eine solche Anmietung sukzessive im einstelligen Bereich erfolgen kann. Er begrüßt, dass sich eine „Willkommensinitiative“ gebildet hat und somit eine „außerplanmäßige“ Betreuung stattfinden kann. Somit kann ein Austausch zwischen den Flüchtlingen, den Anwohnern und anderen stattfinden. Er weist aber darauf hin, dass die FDP-Fraktion Wert darauf legt, dass es bei den gebotenen Verpflichtungen eine möglichst gerechte und an den Sozialindikatoren orientierte Verteilung auf möglichst alle Stadtgebiete ankommt. Dies ist im Moment nicht zu ersehen.

Herr Frehe betont, dass es immer das Ziel war, den Menschen die Möglichkeit zu geben, möglichst bald aus den Übergangwohnheimen aus- und in Wohnungen einzuziehen. Der Pensionsfond von Radio Bremen hat der Sozialbehörde Wohnungen zur Verfügung gestellt, in denen Personen, die vorher im Übergangwohnheim untergebracht waren, einziehen könnten und dann mit dem Pensionsfond Radio Bremen Mietverträge schließen müssten. Herr Frehe bekräftigt noch einmal, dass die Unterbringung dort nur nach und nach erfolgen soll. Er weist darauf hin, dass in diesem Zusammenhang die sozialpädagogische Arbeit mit einer weiteren Stelle verstärkt wird. Bezogen auf den geäußerten Wunsch nach einer Verteilung nach konkreten Prozentsätzen, betont er, dass man bestrebt ist, in allen Stadtteilen Flüchtlingen ein zu Hause in Wohnungen zu geben. Es wurde in allen Stadtteilen nach der Möglichkeit einer Unterbringung gesucht. Auch im Stadtteil Oberneuland werden weitere Wohneinrichtungen geschaffen, damit Menschen dort unterkommen können.

Herr Scharf weist auf eine Pressemitteilung von der Flüchtlingsinitiative Bremen hin, die die Ansiedlung in der Steingutstraße kritisiert. Er hinterfragt, ob es tatsächlich bei den 23 Wohnungen, die nach und nach bezogen werden sollen, bleibt. Außerdem möchte er im Hinblick auf das geplante Übergangwohnheim in Bremen-Grohn wissen, ob der Zeitraum sich nur auf 5 Jahren begrenzt und dass dort nur max. 100 Personen untergebracht werden. Herr Scharf besteht auf eine Garantie, dass eine Betreuung rund um die Uhr stattfinden wird. Weiter meldet er Zweifel an, dass eine Unterbringung der Flüchtlinge in Wohnungen schon nach 3 Monaten erfolgen sollte.

Auf den Hinweis von Herrn Scharf bezüglich der Flüchtlingsinitiative erklärt Frau Stahmann, dass auf die Mobilbauten nicht verzichtet werden kann. Es wird den Kriterien aber nachgegangen. Im Gegensatz zu anderen Städten in Deutschland wurden bisher keine Zelte oder Wohnwagen aufgestellt. Bezüglich der Frist von 3 Monaten für den Wechsel in Wohnungen wird dieses individuell erfolgen.

Herr Pörschke erklärt, dass die Unterbringung von Flüchtlingen eine Frage des Anstands und zugleich eine Herausforderung ist. Herr Pörschke schließt Konflikte nicht aus, die aber durch

die intensive Betreuung der 100 Flüchtlinge gering gehalten werden. Weiterhin macht er deutlich, dass auch Leute, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, einen Anspruch auf eine eigene Wohnung haben. Hinsichtlich der 3 Monatsfrist stellt er fest, dass sicherlich manche Bewohner länger in den Mobilbauten wohnen bleiben wollen und dies aus unterschiedlichen Beweggründen wie z. B. die Angst, diesen vertrauten Bereich wieder zu verlassen. Er weist noch einmal auf die zeitliche Begrenzung von 5 Jahren hin, weil baurechtlich gar nichts anderes geht.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Stellungnahmen des Beirates und bittet nun die Öffentlichkeit um ihre Stellungnahmen. Er weist noch einmal darauf hin, dass der Beirat Bewohnern und Institutionen aus diesem Stadtteil die Gelegenheit geben will, sich zu Wort zu melden. Weiter bittet er um Verständnis, dass die Wortmeldungen der anwesenden Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft ausgeschlossen werden, da diese sich in einem anderen Plenum zu Wort melden können. Die Debatte aus der Bürgerschaft soll an dieser Stelle nicht wiederholt werden. Der Beirat stimmt dieser Vorgehensweise zu.

Die Bürger werden nun mit der im Ablaufplan aufgezeigten Zeitvorgabe von je 3 Minuten und in der Reihenfolge der Abgabe der Wortmeldungen gebeten, ihre Wortbeiträge vorzutragen.

Ergebnis war, dass fast alle Bürger der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in der Steingutstraße trotz anfänglicher Bedenken positiv gegenüberstehen. Die geäußerten Bedenken beziehen sich auf die Furcht ansteigender Kriminalität, rechtsradikaler Aktionen von Gegnern und einem möglichen Wertverlust eigener Immobilien. Gleichzeitig wird die Menschenwürdigkeit der Unterbringung von 100 Menschen an einem Standort hinterfragt.

Der Vorsitzende bittet nun die Senatorin Frau Stahmann auf Fragen zu antworten, die aus den Wortbeiträgen hervorgingen.

Frau Stahmann äußert sich zunächst noch einmal zu der Größe der Einrichtung. Bremen wählt ganz bewusst das System von dezentralen Einrichtungen. Die dezentrale Aufnahmestelle ist für 160 Flüchtlinge gebaut. Derzeit sind dort 240 Menschen untergebracht. Das ist die größte Einrichtung neben einer Einrichtung in Bremen-Hastedt. Sie ist der Meinung, dass die Unterbringung von 100 Personen auch verantwortbar ist. In jedem Stadtteil sind ähnliche Bedenken geäußert worden. Die Sozialbehörde hat ein großes Interesse, dass das funktioniert. Sie haben sehr zuverlässige Träger mit der AWO, mit dem ASB, dem DRK, Caritas und den verschiedenen Netzwerken, die die Arbeit unterstützen. Sie bittet um Zustimmung zu dem Vorhaben in der Steingutstraße.

Frau Sprehe verliest folgende Beschlussvorlage der SPD-Fraktion mit der Bitte um Zustimmung:

Der Beirat Vegesack stellt sich den erforderlichen weiteren Integrationsleistungen im Stadtteil und kommt der Verantwortung Bremens nach, weitere Flüchtlinge aufzunehmen. Der Beirat Vegesack wird sich nach Kräften dafür einsetzen, dass den neuen Mitbürgern, nach einer menschenwürdigen Aufnahme, ein Neuanfang in Freiheit ohne Ausgrenzung ermöglicht wird.

Auf der Erweiterungsfläche des Science-Parks an der Steingutstraße ( ehemaliges Steingutverwaltungsgebäude ) wird der Errichtung von Mobilbauten für maximal 100 Flüchtlinge mit der befristeten Nutzung von 3 bis zu 5 Jahren zugestimmt. Bei den Einzelheiten der Planung und Realisierung ist der Beirat Vegesack zu beteiligen. Weiterhin fordert der Beirat Vegesack:

- a) Eine Betreuung der Flüchtlinge rund um die Uhr und die Einsetzung von pädagogischen Fachkräften, die u.a. bei der Wohnungssuche behilflich sind, Orientierungshilfen geben und allgemein begleitend tätig sind. Der Träger der Einrichtung ist verpflichtet tarifvertraglich abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse abzuschließen.
- b) Die Belegung des Heimes soll nicht einseitig, sondern eine Mischung zwischen Familien und Alleinstehenden sein, in der auch die soziokulturellen Unterschiede der Bewohner zu berücksichtigen sind.
- c) Eine ortsnahe Sprachförderung durch intensive deutsche Sprachkurse.
- d) Eine intensive Betreuung der Kinder und Jugendlichen durch qualifiziertes Personal sowie eine enge Zusammenarbeit mit den örtlichen Kitas und Schulen, deren personelle Ausstattung bedarfsgerecht sein muss.
- e) Betreuungs-/Freizeitangebote für alle Altersklassen sowie integrative Maßnahmen innerhalb des Stadtteils
- f) Sicherstellung der medizinischen und psychologischen Versorgung
- g) Die Einrichtung eines „Runden Tisches“, u.a. mit Vertretern der Sozialbehörde, Beirat, Heimleitung, Flüchtlingen und Grohner Nachbarn, unter Leitung der Sozialbehörde.

Herr Degenhard stellt fest, dass die Sozialbehörde nach seinem Empfinden sehr unkonkret bleibt. Er bittet noch einmal um Beantwortung, welches die Herkunftsländer der Flüchtlinge sind, die nach Vegesack kommen. Er betont, dass der Beirat nicht nur eine Verantwortung den Flüchtlingen gegenüber hat, sondern auch eine Verantwortung gegenüber den Bürgern. Weiter teilt er mit, dass die Fraktion BiW dem Antrag nicht zustimmen wird.

Auf die Frage von Herrn Degenhard erklärt Frau Stahmann, dass eine genaue Angabe über die Herkunftsländer, die nach Bremen-Vegesack kommen werden, nicht gemacht werden kann. Insgesamt sind bisher insgesamt 62.464 Flüchtlinge in Deutschland eingereist. Wie die Flüchtlinge auf das Bundesland verteilt werden, wird durch das Bundesamt für Migration dann geregelt.

Herr Kurt teilt mit, dass er aus eigener Erfahrung sagen kann, dass er einen Umzug nach 3 Monaten in eine Wohnung nur als positiv betrachtet. Dem Antrag der SPD-Fraktion stimmt er in jedem Fall zu.

Herr Buchholz bittet um kurze Unterbrechung der Sitzung zur Beratung des vorgelegten Beschlussvorschlages. Weiter teilt er noch einmal mit, dass die FDP-Fraktion der Unterbringung an dem genannten Ort zustimmen wird, nachdem Herr Staatsrat Frehe hier zugesichert hat, dass die Unterkunft am Bahnhofsplatz peu á peu in Anspruch genommen wird. Dafür gibt es die Möglichkeit, einen nicht ständigen Ausschuss einzurichten und dann würde es in der Hand des Beirates verbleiben. Das hieße, dass die Position der Führung hier im Hause bleibt.

Auf die Frage von Herrn Buchholz, warum die Schule St. Magnus bisher nicht genannt wurde, erklärt Herr Kehlenbeck, dass die Integrationsaufgaben auf möglichst viele Schulen verteilt werden sollen. Es gibt auch ein Konzept der wohnortnahen Beschulung. Er erklärt, dass man sich bewusst noch nicht festgelegt hat, da die genaue Zahl und die Altersstufen der Schüler und Schülerinnen, die kommen werden. Die Grundschule und der Kindergarten St. Magnus wird auf jeden Fall mit in die Diskussion mit einbezogen werden.

Herr Scharf sieht der Einrichtung einer Mobilbauwohnanlage in Bremen-Grohn zwiespältig entgegen. Die CDU-Fraktion wird die Planungen und Umsetzungen genauestens beobachten.

Herr Pörschke erinnert an die Aussage von Herrn Hergert, dass die Mieter, die am Vegesacker Bahnhof als Flüchtlinge einziehen können, bei Bedarf ambulant unterstützt werden sollen. Er teilt mit, dass der SPD-Antrag in der vorliegenden Form unterstützt wird. Bezüglich der Einrichtung eines „Runden Tisches“ bittet Herr Pörschke darum, doch einen anderen Formulierungsvorschlag vorzubringen.

Der Vorsitzende eröffnet erneut die Sitzung und teilt mit, dass die Beiratsfraktionen zu einem Ergebnis gekommen sind.

Frau Sprehe trägt nun das Ergebnis der Beratung beginnend mit der Änderung im ersten und zweiten Absatz vor:

Der Beirat Vegesack kommt der Verantwortung Bremens nach, weitere Flüchtlinge im Stadtteil aufzunehmen.

Der Beirat Vegesack wird sich nach Kräften dafür einsetzen, dass den neuen Mitbürgern ein Neuanfang in Freiheit ohne Ausgrenzung ermöglicht wird.

Weiter wurde in der zweiten Hälfte unter dem Punkt g) folgende Änderung vorgenommen:

g) Die Einrichtung eines nichtständigen Fachausschusses unter Leitung des Ortsamtes Vegesack u. a. mit Vertretern der Sozialbehörde, Beirat, Heimleitung, Flüchtlingen und Grohner Nachbarn sowie die Beteiligung der Sozialbehörde.

Herr Kiener bittet um Abstimmung in zwei Abschnitten. Zunächst einmal über die Immobilie selber und dann die aufgeführten Punkte bezüglich der Betreuung und Unterstützung.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass eine Abstimmung blockweise erfolgen soll und lässt zunächst über den ersten Abschnitt, der wie folgt lautet abstimmen:

Der Beirat Vegesack kommt der Verantwortung Bremens nach, weitere Flüchtlinge im Stadtteil aufzunehmen.

Der Beirat Vegesack wird sich nach Kräften dafür einsetzen, dass den neuen Mitbürgern, ein Neuanfang in Freiheit ohne Ausgrenzung ermöglicht wird.

Auf der Erweiterungsfläche des Science-Parks an der Steingutstraße (ehemaliges Steingut-Verwaltungsgebäude) wird der Errichtung von Mobilbauten für maximal 100 Flüchtlinge mit der befristeten Nutzung von 3 bis 5 Jahren zugestimmt.

Bei den Einzelheiten der Planung und Realisierung ist der Beirat Vegesack zu beteiligen.

#### Ergebnis:

Bei 2 Gegenstimmen ist der erste Abschnitt so beschlossen.

Der Vorsitzende ruft zur Abstimmung den zweiten Block auf, der wie folgt lautet:

Weiterhin fordert der Beirat Vegesack:

- a) Eine Betreuung der Flüchtlinge rund um die Uhr und die Einsetzung von pädagogischen Fachkräften, die u. a. bei der Wohnungssuche behilflich sind, Orientierungshilfen geben und allgemein begleitend tätig sind. Der Träger der Einrichtung ist verpflichtet tarifvertraglich abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse abzuschließen.
- b) Die Belegung des Heimes soll nicht einseitig, sondern eine Mischung zwischen Familien und Alleinstehenden sein, in der auch die soziokulturellen Unterschiede der Bewohner zu berücksichtigen sind.
- c) Eine ortsnahe Sprachförderung durch intensive deutsche Sprachkurse.
- d) Eine intensive Betreuung der Kinder und Jugendlichen durch qualifiziertes Personal sowie eine enge Zusammenarbeit mit den örtlichen Kitas und Schulen, deren personelle Ausstattung bedarfsgerecht sein muss.
- e) Betreuungs-/Freizeitangebote für alle Altersklassen sowie integrative Maßnahmen innerhalb des Stadtteiles
- f) Sicherstellung der medizinischen und psychologischen Versorgung
- g) Die Einrichtung eines nichtständigen Fachausschusses unter Leitung des Ortsamtes Vegesack u. a. mit Vertretern der Sozialbehörde, Beirat, Heimleitung, Flüchtlingen und Grohner Nachbarn.

### Ergebnis

Bei 1 Enthaltung einstimmig beschlossen.

Der Vorsitzende bedankt sich für den Sitzungsverlauf und die faire Diskussion. Er schließt die Sitzung um 21.30 Uhr.

Dornstedt  
Ortsamtsleiter

Kolossa  
Schriftführerin

Sprehe  
Beiratssprecherin